

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Kein Unterschlupf für Kriegsverbrecher

Bern (AP) Die Schweiz will die Voraussetzungen schaffen, um die Verfolgung von Kriegsverbrechern sicherzustellen, die auf ihrem Territorium Unterschlupf suchen. Wie Bundesrat Arnold Koller am Montag in der Fragesunde des Nationalrats sagte, wird zurzeit ein dringlicher Bundesbeschluss vorbereitet, der die Bundesbehörden in die Lage versetzt, dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Rechtshilfe in Strafsachen zu leisten und Auslieferungen vorzunehmen. Weiter werde abgeklärt, ob die Schweiz in solchen Fällen selber ein Strafverfahren gegen mutmassliche Kriegsverbrecher einleiten könnte.

Mirage-Einsatzsperre wieder aufgehoben

Bern (AP) Die Einsatzsperre für die gesamte Mirage-Flotte ist zwei Wochen nach dem Unfall im Sanetschgebiet wieder aufgehoben worden. Wie das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) am Montag mitteilte, sind am pilotesseitigen Rettungssystem kleinere Modifikationen vorgenommen worden. Die Überlebensausrüstung war offenbar im Schleudersitz verklemt gewesen. Die Untersuchung des Mirage-Unfalls mit gleichzeitigem Schleudersitzabsturz vom vergangenen 21. Februar im Sanetschgebiet hatte eine vertiefte Abklärung über den Funktionsablauf des ganzen Rettungssystems erforderlich gemacht.

Positionspapier zum Alpenransit

Bern (AP) Zwei Wochen nach der Annahme der Alpen-Initiative hat der Bundesrat am Montag seine Position zu den zahlreichen Fragen bereinigt, die im In- und Ausland aufgeworfen worden sind. Bundesrat Adolf Ogi versicherte, die offenen Fragen bezüglich des Nationalstrassenbaus würden raschmöglichst geklärt. Für die Auslandkontakte erarbeitete der Bundesrat ein Positionspapier. Eine ausführliche Stellungnahme wird der Bundesrat bei der Debatte über die als dringlich erklärten Vorstösse am Mittwoch der kommenden Woche im Nationalrat abgeben.

Erhebliche Schneebrettgefahr

Davos (AP) Am Alpenhauptkamm und in Graubünden besteht oberhalb von 2000 Metern eine erhebliche Schneebrettgefahr. Skitouren ausserhalb der markierten Pisten erfordern in diesen Gebieten grösste Vorsicht, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch-Davos mitteilte.

Kampagne zur Ankurbelung der Wirtschaft

Zürich (AP) 300 000 kleine und mittlere Schweizer Unternehmen haben unter der Schirmherrschaft des Schweizerischen Gewerbeverbandes eine Kampagne zur Ankurbelung der Wirtschaft gestartet. Ziel ist es, Investitionen rasch auszulösen und so zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beizutragen, wie der Schweizerische Gewerbeverband bekanntgab. Vorgesehen sind Fernsehspots, Plakate, Inserate sowie eine eigene Zeitung, die an rund 300 000 Hausbesitzer, Gemeinden, Unternehmen und institutionelle Anleger in der ganzen Schweiz verteilt werden soll.

Hat der weltweite «Tag der Frau» nur noch Symbolcharakter?

Martha Spiegel, Vorsitzende der Frauen in der FBP, zum heutigen «Tag der Frau» – Gegen Diskriminierung der Frauen in der Arbeitswelt

Es ist erfreulich, wie sich das Rollenbild der Frau in unserer Gesellschaft verändert hat. So haben Frauen heute in vielen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ihren festen Platz gefunden.

Wenn wir den Bereich Bildungswesen betrachten, finden wir eine hohe Quote an Lehrerinnen, eine erfreuliche Entwicklung, wenn wir auf die letzten dreissig Jahre zurückblicken. Auch der Anteil an Maturantinnen und Studentinnen hat sich in den vergangenen Jahren wesentlich erhöht, wie überhaupt die Akademikerin heute in den verschiedensten Berufen zu finden ist, etwas, was vor noch nicht allzulanger Zeit durchaus Seltenheitswert hatte.

Den Frauen stehen alle Berufe offen

Eine gute fundierte Berufsausbildung ist für jede Frau in unserem Lande möglich. Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben. So sind heutzutage Frauen auch in traditionell den Männern vorbehaltenen Berufen vertreten und stellen dabei durchaus die «Frau».

Auffallend ist jedoch, dass leitende Positionen nach wie vor überwiegend von Männern belegt sind. Hier besteht vor allem im öffentlichen Bereich, aber auch in der Privatwirtschaft ein Nachholbedarf. Bei gleichwertiger Qualifikation darf es künftig keine Diskriminierung der Frau mehr geben, die Forderung nach Chancengleichheit muss hier gestellt werden.

Welchen Stellenwert hat die Arbeit der Hausfrau?

Nach landläufiger Meinung ist der Frau nach wie vor in erster Linie die Rolle als Hausfrau und Mutter zugeordnet. Nur zu gerne ist unsere Gesellschaft geneigt, diese Tätigkeit der Frau als Selbstverständlichkeit anzusehen. Dabei üben die Frauen eine überaus wichtige Erziehungs- und Betreuungsarbeit aus. Es ist dies ein wesentlicher, nicht wegzudenkender Beitrag bei der Sozialisation unserer Kinder und Jugendlichen.



Martha Spiegel, Vorsitzende der Frauen in der FBP, zum heutigen Frauentag: «Der Tag der Frau hat nicht nur Symbolcharakter, sondern er soll Anstoss zum Nachdenken, zu neuen Ideen und Mut zur Veränderung geben».

Frauen, die sich ausschliesslich dieser Aufgabe widmen, verdienen daher auch eine sozialversicherungsrechtliche Anerkennung.

Die Kindererziehungszeiten müssen als Beitragsjahre bei der AHV zur Anrechnung kommen. Gerade im «Jahr der Familie» ist diesem Anliegen eine besondere Bedeutung beizumessen.

Als weiteres Postulat erscheint die Schaffung von besseren Bedingungen bei der Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsprozess wie das Anbieten von Teilzeitarbeit, Kursen und Schulungen für Wiedereinsteigerinnen angebracht.

Die Frau in der Politik

Dieses Jahr können wir auf zehn Jahre Frauenstimmrecht im Fürstentum Liechtenstein zurückblicken. An den Weg zur Wahlurne haben sich die Frauen in Liechtenstein bereits gewöhnt. Eine nach wie vor hohe Wahlbeteiligung ist wohl der beste Beweis für das Interesse der Frauen an der Politik.

Ver mehrt bringen Frauen auch den Mut auf, sich für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen. Als enttäuschend muss hingegen nach wie vor die Zahl der gewählten Mandatarinnen auf Landes- bzw. Gemeindeebene bezeichnet werden.

Andere Länder kennen zur Verbesserung dieser Situation die sogenannte Quotenregelung. Die Angemessenheit einer derartigen Lösung erscheint fragwürdig. Die Stimmbürger sollen weiterhin die als geeignet erscheinende, fähige Person gleich welchen Geschlechts wählen können.

Eine Erhöhung der Frauenquote in politischen Arbeitsgruppen und Kommissionen muss jedoch angestrebt werden.

Auch eine stärkere Einbindung in die Arbeit der Partei erscheint erforderlich.

Es ist erfreulich, dass besonders die FBP in Sachen Frauenpolitik eine Vorreiterrolle einnimmt, hat sie doch eine sehr aktive Rolle bei der Einführung des Frauenstimmrechtes gespielt. Nicht von ungefähr kommt es daher wohl auch, dass die erste Landtagsabgeordnete, die erste Regierungsrätin und erste (bisher einzige) Gemeindevorsteherin durch die FBP gestellt wird bzw. wurde.

Das Ziel der Frauen in der FBP ist es, die Zahl der Mandatarinnen zu erhöhen. Alle Frauen sind aufgefordert, an der Verwirklichung dieses Zieles aktiv mitzuwirken.

Hat der «Tag der Frau» wirklich nur noch Symbolcharakter?

Von seiten des Gesetzgebers ist das Bestreben zu erkennen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Die Anpassung der Gesetzeslage und die Behebung der nach wie vor bestehenden Benachteiligungen der Frau müssen möglichst rasch vollzogen werden. Dazu sollte u. a. die «Kommission für Gleichberechtigung» wieder ins Leben gerufen werden.

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau kann jedoch nicht ausschliesslich auf dem Gesetzesweg erfolgen. Gesetze nützen nichts, wenn ihnen nicht nachgelebt wird.

Es ist dies ein Prozess, der sich in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben vollzieht.

Der «Tag der Frau» hat deshalb nicht nur Symbolcharakter, sondern er soll Anstoss zum Nachdenken, zu neuen Ideen und Mut zur Veränderung geben.

Dabei fällt besonders der Frau nicht nur eine aktive, sondern auch eine offensive Rolle zu.

Waldorfschule erhält Überbrückungskredit vom Land

Regierung spricht sich gegen eine ordentliche Subventionierung aus – Waldorfschule möchte Öffentlichkeitsrecht

(G. M.) – Die Liechtensteinische Waldorfschule erhält einen Beitrag des Staates von 50 000 Franken. Die Regierung erachtet diese Zuwendung, die im Landtag bei der Budgetdebatte im Dezember gefordert wurde, als einmaligen Beitrag, möchte aber von einer ordentlichen Subventionierung absehen. Nach Auffassung der Regierung sind dafür gewisse Kriterien noch nicht erfüllt. Ausserdem möchte sie mit der Subventionierung keine Präjudizierung für andere Schulen schaffen.

Die Überprüfung des Gesuches, das die Waldorfschule an die Regierung stellte, hat nach dem Regierungsbericht ergeben, dass eine regelmässige Subventionierung der Vereinigung «Liechtensteinische Waldorfschule» als Schulträger ausser Betracht falle, weil die im Schulgesetz dafür aufgeführten Bedingungen nicht

erfüllt seien. Eine ordentliche Subventionierung, betont die Regierung, trotz dieser entgegenstehenden Bestimmungen wäre nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern sie hätte auch präjudizielle Wirkungen: Künftig könnten auch andere Träger alternativer Schulen mit staatlicher Unterstützung rechnen.

Aus dieser grundsätzlichen Haltung der Regierung ergibt sich die folgerichtige Haltung für den Antrag der Waldorfschule auf regelmässige Unterstützung durch den Staat und die Gemeinden: «Bei dem vom Landtag in das Budget für das Jahr 1994 aufgenommenen Kredit kann es sich somit nicht um eine ordentliche Subventionierung eines privaten Schulträgers im Sinne des Schulgesetzes, sondern nur um einen einmaligen Beitrag zur Überbrückung des Finanz-

engpasses bei der Liechtensteinischen Waldorfschule handeln.» Dem Landtag wird somit nur eine Finanzvorlage unterbreitet, die den Beitrag von 50 000 Franken allein für das Rechnungsjahr 1994 vorsieht. Die Waldorfschule wird aus Mitgliederbeiträgen, aus Schenkungen und Vermächtnissen, aus Schulbeiträgen der Eltern, aus Erträgen von Veranstaltungen und aus allfälligen anderen Einkünften finanziert. Obwohl die Vereinigung, die hinter der Schule steht und als Trägerschaft auftritt, mehrfach bei der Regierung entsprechende Gesuche stellte, erfolgte bisher keine Finanzierung durch den Staat.

Die Alternativ-Schule, die auf den anthroposophischen Grundlagen von Rudolf Steiner beruht, verfügt auch über keine definitive Bewilligung durch die

Regierung. Bis heute liegt erst eine Bewilligung «auf Zusehen hin» vor. Allerdings hat die Vereinigung Waldorfschule bei der Regierung nicht nur um eine Subventionierung nachgesucht, sondern auch einen Antrag auf Verleihung des Öffentlichkeitsrechts gestellt. Auf dieses Gesuch liegt von seiten der Regierung bislang noch keine Reaktion vor.

In der Liechtensteinischen Waldorfschule, die von der Regierung 1985 auf Zusehen hin bewilligt wurde, verfügt derzeit über eine Kindergartenklasse mit 15 Kindern und über je eine Klasse von der 1. bis zur 8. Stufe mit insgesamt 118 Kindern. Der überwiegende Teil dieser Schülerinnen und Schüler stammt aus dem Vorarlberg und aus der Schweiz, doch werden auch Kinder aus Liechtenstein unterrichtet.

NOK rutschte in die roten Zahlen

Defizit von 40 Millionen Franken ausgewiesen

Baden (AP) Die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) hat einen «Ausrutscher in die roten Zahlen» hinnehmen müssen. Im Geschäftsjahr 1993/1994 wird ein Defizit von über 43 Millionen Franken ausgewiesen. Um solche Überraschungen zu vermeiden, werden die Tarife in Zukunft konsequent alle zwei Jahre erhöht. Greenpeace übte gleichentags Kritik an der NOK-Strompolitik.

Ursprünglich rechnete die NOK als grösste Elektrizitätsgesellschaft für das Geschäftsjahr im Budget mit einem Defizit von rund sieben Millionen Fran-

ken, wie Direktionspräsident Peter Wiederkehr an der Bilanzpressekonferenz vom Montag in Baden den Ausrutscher erklärte.

Auf eine Tarifierhöhung sei verzichtet worden, in der Hoffnung, das Defizit könne wiederum durch Zuwachsraten ausgeglichen werden.

Diese Hoffnungen hätten sich aber nicht erfüllt: Der Stromverbrauch habe nicht zugenommen, sondern sei zurückgegangen und aus dem kleinen Defizit von sieben Millionen Franken sei ein grösseres Defizit von über 43 Millionen Franken geworden.

Gurtenpflicht auf Rücksitzen

Neue Signale eingeführt – Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Bern (AP) Mit verschiedenen Massnahmen soll in der Schweiz die Verkehrssicherheit verbessert werden. Die Gurtenpflicht gilt neu auch für Rücksitze, das Vortrittsrecht der Fussgänger wird verstärkt, und neue Signale wurden eingeführt, wie das EJPD am Montag mitteilte. Weiter wurde auch der Umtausch ausländischer Fahrausweise mit einer erfolgreichen Kontrollfahrt verbunden.

Der Bundesrat hat die schweizerischen Vorschriften im Strassenverkehr mit den europäischen Bestimmungen harmonisiert, wie das Eidgenössische

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mitteilte. Ab 1. Oktober 1994 haben sich sämtliche Fahrzeuginsassen über sieben Jahren auf allen mit Sicherheitsgurten ausgerüsteten Sitzen anzuschallen, wobei für kinderreiche Familien Ausnahmen vorgesehen sind. Kinder bis zu sieben Jahren müssen auf Sitzen neben dem Führer mit einer Kinderrückhaltevorrichtung gesichert werden. Schon ab Juni dieses Jahres müssen Fahrzeugführer jedem Fussgänger den Vortritt lassen, der sich bereits auf dem Fussgängerstreifen befindet oder davor wartet und erkennbar die Strasse überqueren will.